

Federf. : DKP-Ratsfraktion

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Rat		30.08.2007	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Vorschlag gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse

hier: Antrag der DKP-Ratsfraktion

- Hartz IV muss menschenwürdig oder abgeschafft werden -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Roland,

o.a. Thema bitten wir in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung mit aufzunehmen.

Begründung:

In jüngster Zeit gab es vielfache Preissteigerungen, wie z.B. die Erhöhung der Heizkosten, der Mehrwertsteuern und der Milchprodukte; sowie geplante Erhöhungen, wie z.B. die derzeit angekündigte Strompreissteigerung der ELE.

Gleichzeitig werden Arbeitnehmer unter Druck gesetzt: sie sollen für weniger Lohn mehr Arbeit leisten oder aber arbeitslos werden. Erst recht kann die jüngste Erhöhung für Alg II - Berechtigte von Sage und Schreibe ganzen 2 € pro Monat all diese Preissteigerungen ganz und gar nicht kompensieren.

Es ist spätestens seit Einführung der Hartz IV-Gesetze allgemein bekannt, dass finanzschwache BürgerInnen (Empfänger von Sozialleistungen und Geringverdiener) ihre Sicherung zum Lebensunterhalt mit ihrem Einkommen nicht leisten können, wie z.B.:

- **Grundlagen für die Bildung**, wobei insbesondere Schulkinder ins Abseits geraten, da der Eigenanteil der Eltern für Schulmaterial erheblich zu hoch ist. (ca. 150 € pro Schuljahr, bei der Einschulung entsprechend mehr)
- **Gesundheitsprävention, sowie Behandlung von Krankheiten**, die durch die Praxisgebühr und Zuzahlung von Medikamenten für viele unbezahlbar sind, wobei in diesem Zusammenhang auch notwendige Arztbesuche von Kindern aufgeschoben werden.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

- **Heizkosten und Strompreise** sind derart in die Höhe getrieben worden, dass viele Menschen wegen der Zahlungsunfähigkeit oft ohne Strom und Heizung auskommen müssen. Manch einer hat inzwischen auch die

Wohnung verloren und sieht dem Tod auf der Straße oder unter irgendeiner Brücke entgegen!

- **Ernährung**, die nur noch unzureichend möglich ist. Hier sei z.B. auf die Tatsache hinzuweisen, dass viele SchülerInnen nicht an dem Schul-Mittagessen teilhaben und keine Schul-Milch in Anspruch nehmen können. Die immens steigenden Preise für Milchprodukte trifft aber auch alle finanziell Benachteiligten empfindlich, da bereits die Grundnahrungsmittel, die dem Erhalt des Lebens und der Gesundheit dienen, von den Betroffenen nicht mehr ausreichend finanziert werden können. Inzwischen sind sogar schon Hartz IV-Betroffene verhungert!!!

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Auch zahlreiche GladbeckerInnen sind von diesen Tatsachen seit Langem betroffen. Diese Situation weitet sich mehr und mehr aus.

Letztendlich muss der Bund entsprechende Entscheidungen treffen, die die Lebensgrundlagen aller BürgerInnen sichert.

Allerdings sind Bundes- und Landespolitiker offensichtlich derart **Bürgerfern**, dass man nicht erwarten darf, dass sich allein durch sie etwas positiv ändert.

Kommunalpolitiker dagegen sind wesentlich näher am Bürger und sie sind die gewählten Bürgervertreter, die damit für die Umsetzung bzw. für den Einsatz der Belange der BürgerInnen verantwortlich sind.

Aus diesen Gründen müssen die Kommunalparlamente an Bund und Land appellieren und die Sicherung der Lebensgrundlagen für die BürgerInnen fordern und erkämpfen!

Wer, wenn nicht wir als Kommunalpolitiker soll sich sonst gegenüber Land und Bund für die Menschen stark machen?!

Wir schlagen vor, dass der Rat der Stadt Gladbeck entsprechend eine Resolution an den Bund verfasst und auch alle anderen Kommunen der BRD auffordert, es der Stadt Gladbeck gleichzutun.

Vorschlag zur Resolution des Rates der Stadt Gladbeck:

Der Rat der Stadt Gladbeck fordert den Bund auf, die Hartz IV-Regelsätze mit sofortiger Wirkung von derzeit 347 € auf mindestens 420 € pro Monat zu erhöhen.

Über diese Resolution hinaus muss der Rat kurzfristig für Sicherheit und Ordnung Sorge tragen und nach Kräften die Lebensgrundlagen aller Gladbecker BürgerInnen, die sich in o.a. Notlagen befinden, unverzüglich organisatorisch und finanziell sichern.

Geld genug ist da! Wir erinnern z.B. an die unerwarteten Mehreinnahmen von ca. 3 Mio € Gewerbesteuer.

Mit freundlichen Grüßen,

Angela Szczotok, (Ratsfrau)

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: